

Bericht des Landesparteirates

an den

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

Der Bericht bezieht sich auf den Zeitraum ab Juni 2005 und versucht einige Problemlagen darzustellen, deren Lösung von der neuen Partei DIE LINKE als Herausforderung zu begreifen ist.

Arbeitsfähigkeit

Der Landesparteirat (LPR) hat auf der Grundlage seiner Arbeitsordnung und auf der Grundlage der Satzung des PDS-Landesverbandes Sachsen-Anhalt / (ab 19.07.05) "Die Linkspartei.PDS Landesverband Sachsen-Anhalt" seine Handlungsfähigkeit stabilisieren können. Allerdings gab es erhebliche Schwierigkeiten zu Beginn der Wahlperiode 2006/2007, da die angeforderten Nachweise über die erforderliche Neuwahl der LPR-Vertreter nur aus zwei Kreisverbänden termingerecht eingegangen waren. Mit der erneuten Neuwahl von LPR-Mitgliedern infolge der veränderten Kreisverbandsstruktur hat sich die Anzahl der stimmberechtigten LPR-Mitglieder von vorher 36 möglichen auf 25 reduziert.

Erst seit der gesetzten Perspektive, dass das Gremium LPR als Auslaufmodell zugunsten eines künftigen Landesausschuss gilt, ist die Teilnehmerzahl an Beratungen rückläufig. Seit März 2007 war die Beschlussfähigkeit bei Beratungen mehrfach nicht gegeben, so dass notwendige Beschlussfassungen so zum Beispiel auch zum Einberufungsbeschluss des Landesvorstandes für diese 1. Tagung des 1. Landesparteitages erst durch nachträgliche Stimmeneinholung über eine Fernabstimmung möglich wurden.

Eine beabsichtigte Zusammenarbeit mit anderen Landesparteiräten ist nicht entstanden. Vom und zum Bundesparteirat konnte der Informationsfluss durch Personalunion von LPR-Mitgliedern als Bundesparteiratsmitglieder deutlich verbessert werden.

Arbeitsinhalte

Mit insgesamt 14 Beratungsterminen wurden folgende Schwerpunktthemen behandelt:

Neben der Befassung mit Vor- und Nachbereitungen von Landes- und Bundesparteitagen wurde die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahlkämpfe zur Bundestagswahl, zur Landtagswahl und zu Kommunalwahlen aktiv begleitet. Das

Zusammentragen von Basisstimmungen und die Multiplikatorwirkung der LPR-Mitglieder beim Informationsaustausch konnten dazu beitragen, informelle Rückkopplungen zu verstärken. Im Rahmen der Bestätigung von Finanzplänen und Jahresabschlüssen unterstützte der LPR das bisher erfolgreiche Streben nach Kompensation von mit dem Mitgliederschwund einhergehenden Beitragseinnahmeverlusten. Rechtzeitig veranlasste notwendige Maßnahmen zur vorbeugenden Ausgaben senkung wurden stets mit getragen. Ausgehend von im Landesverband erarbeiteten Erkenntnissen zur Parteireform befasste sich der LPR mit Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, mit der Außenwirkung der neu gewählten Bundestags- und Landtagsfraktion und deren Zusammenarbeit mit kommunalen Mandatsträgern, mit Erfahrungen aus Regionalverbandsbildungen, mit Problemen der erfolgten Geschäftsstellenreduzierungen, mit der Jugend- und SeniorInnenarbeit, mit der Mitgliederengewinnung, der Mitgliederentwicklung und dem Mitgliederleben sowie mit der eigenen Arbeitsweise. Mehrfach, auch gemeinsam mit Gästen der WASG, wurden Probleme und Aufgaben zur gemeinsamen Vorbereitung der Bildung der neuen Partei DIE LINKE erörtert. Ausführlich und kritisch befasste sich der LPR mit Vorschlägen der Statutenkommission zur Statutenänderung und infolge mit den Entwürfen der Gründungsdokumente für die neue Partei DIE LINKE. Weitere Details zu auch kontroversen Diskussionen, zu Beschlussfassungen und zu Empfehlungen des LPR können bei Bedarf den in der Landesgeschäftsstelle digitalisiert vorliegenden Beratungsprotokollen entnommen werden. Leider ist es bisher nicht gelungen, diese auch online auf der Webseite des Landesverbandes verfügbar zu machen.

Feststellungen, Schlussfolgerungen oder

Was wir der neuen Partei mit auf den Weg geben wollen:

Bei unterschiedlicher Ausprägung haben wir immer wieder festgestellt, dass unsere Ansprüche an erfolgsorientiertes Agieren unserer Partei steigen, aber unsere Fähigkeit zur Mobilisierung von Bürgern und auch zur Aktivierung unserer Mitglieder zu wünschen übrig lässt. Bei aller Wertschätzung bisheriger Erfolge zeigen flächendeckend sinkende Wahlbeteiligungen mit absoluten Stimmenverlusten am deutlichsten, dass man auch unserer Partei ein unzureichendes Vertrauen zur erfolgversprechenden Lösung anstehender gesellschaftlicher Probleme entgegenbringt.

Wer wie wir mehr Demokratie einfordert, sollte diese auch beispielhaft vorleben. Selbst wenn manches dadurch aufwändiger wird, sollte DIE LINKE auf allen Ebenen mehr direkte Mitgliederdemokratie statt indirekte Vertreterdemokratie üben. Das erfordert einerseits notwendiges Vertrauen in Entscheidungskompetenz und andererseits mehr Aufklärungsarbeit um diese zu vermitteln.

Innerparteiliche Offenheit, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit, sowie eine ergebnisorientierte Streitkultur, die Vorurteile unterdrückt und auf Diffamierung Andersdenkender verzichtet, tragen dazu bei, die Ausstrahlungskraft der Partei weiter zu verbessern.

Wir müssen uns nachhaltige Erfolge seriös erarbeiten damit sie zunehmend weniger auf ungeschicktem Agieren unserer politischen Konkurrenten beruhen. Dabei sollten wir nicht nur das Tagesgeschäft verfolgen sondern auch effiziente Formen der öffent-

lichen Auseinandersetzung mit Visionen und Lösungsansätzen suchen und praktizieren, welche die Idee des demokratischen Sozialismus deutlicher als erstrebenswerte Alternative zu den gegenwärtigen problembehafteten gesellschaftlichen Entwicklungen erkennbar werden lassen.

Die vorhandene Reformbereitschaft der Gesellschaft ergibt sich aus einem komplexen Problembewusstsein, welches es realitätsnah zu beschreiben und zu schärfen gilt. Die sich daraus in Verbindung mit unseren Zielvorstellungen ergebenden, bereits erarbeiteten und weiter zu entwickelnden Lösungsansätze müssen in größerer Breite qualifiziert und überzeugend kommuniziert werden. Das setzt jedoch eine umfassendere innerparteiliche politische Bildungsarbeit voraus.

Die neu strukturierten Kreisverbände, der neu entstandene Jugendverband Die Linksjugend [solid] und nicht zuletzt die Bildung der neuen Partei DIE LINKE weckten Erwartungshaltungen an uns, die wir nicht enttäuschen dürfen. Durch zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz konnte unsere Partei bereits viele Vorschläge als Themen in der öffentlichen Diskussion platzieren. Lasst uns daran gehen, DIE LINKE zu einer Partei zu entwickeln, die mit Inhalten und Arbeitsweisen auf zunehmendes Interesse bei Jung und Alt stößt, die lebendig und bürgernah mit Erfolg um gesellschaftliche Mehrheiten für die Ideen des demokratischen Sozialismus wirbt.

Günter Herder und Eva Strube
SprecherInnen des LPR